

## **Budgetrede 2012 von Gerhard Wohlfahrt im Grazer Gemeinderat**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Stadtregierung,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
werte Gäste!

Lassen Sie mich gleich mit den wichtigsten Fakten beginnen:

Der grün-schwarze Weg in der Budgetpolitik wird fortgesetzt. Das bedeutet:

- Vertretbare Einsparungen in allen Bereichen
- Deutliche Schwerpunktsetzungen, u.a. im Sozialbereich, in der Kinderbetreuung, im Öffentlichen Verkehr und bei den Investitionen
- Weitere Reduktionen beim Defizit. Der Überschuss beim laufenden Saldo steigt kontinuierlich an. Damit kann ein immer größerer Teil der Investitionen selbst finanziert werden.

Die Details des Budgets wurden bereits von Stadtrat Rüschi präsentiert. Ich möchte daher am Anfang stärker auf die Außensicht – auf die Einschätzung der Finanzen der Stadt Graz durch Dritte – eingehen.

Die Finanzierung unserer Investitionen durch Eigenmittel und durch Kredite halten nicht nur wir Grünen und natürlich auch unsere KollegInnen von der ÖVP für sinnvoll, diese Kombination wird auch von den Banken und den Kapitalmärkten ausdrücklich gelobt. Schauen Sie sich bitte unsere Kreditverträge vom November an. Nahezu niemand bezahlt so geringe Risikoaufschläge wie die Stadt Graz. Weder die Republik Österreich noch irgendeine private Firma zahlt so niedrige Risikoaufschläge. Ich weiß, dass die Opposition die Budgetpolitik von grün-schwarz nicht versteht oder verstehen will. Aber wenn Sie sich schon selbst nicht genauer damit beschäftigen, dann sollten Sie vielleicht die Vorreiterrolle der Stadt Graz bei der Transparenz der Budgetzahlen schätzen. Nochmals ein Dank an die Finanzdirektion und den Rechnungshof für die Darstellung der konsolidierten Finanzzahlen für die Stadt Graz und ihrer Beteiligungen.

Die Alternative für all jene, die sich nicht selbst mit dem umfassenden Zahlenwerk beschäftigen wollen und die vielleicht auch viel kritischer zum öffentlichen Sektor stehen, wäre stärker auf die – für manche offensichtlich sogar fast heiligen – Märkte zu achten. Wie gesagt, nahezu niemand zahlt so niedrige Risikoaufschläge wie die Stadt Graz. Wenn die Finanzmärkte die Finanzlage der Stadt Graz als hochgradig solide einschätzen, dann sollten wir, die VertreterInnen dieser Stadt, unsere Finanzlage nicht andauernd schlecht reden.

Liebe KollegInnen von der Opposition, das allgemeine Gejammer von zu hohen Gebühren, zu niedrigen Ausgaben und zu hohen Schulden nimmt Ihnen niemand mehr ab. Bringen Sie bitte konkrete Vorschläge, darüber können wir gerne diskutieren.

Heute diskutieren wir das 5. Budget der grün-schwarzen Koalition. Bei meiner ersten Budgetrede im Frühjahr 2008 sagte ich, das Budget 2008 ist ein Weg in die richtige Richtung, das Budget ist finanztechnisch o.k., das Budget wird halten, aber es hat einen kleinen Wermutstropfen: es ist noch zu wenig grün. Heute, 3 ½ Jahre später, kann, darf und muss ich folgendes sagen: JA, grün-schwarze Budgetpolitik ist der richtige Weg. Wir haben viele unserer Schwerpunkte gut umgesetzt. Wir haben nicht nur die Kinderbetreuung massiv ausgeweitet, wir haben nicht nur Reformen in der Jugendwohlfahrt umgesetzt und damit die Leistungen besser koordiniert und die Kostenseite in den Griff bekommen, wir haben nicht nur die stark steigenden Kosten im uns sehr wichtigen Sozialbereich im Budget untergebracht, wir haben nicht nur massiv in den ÖV investiert, wir haben auch für eine sehr gut gesteuerte Gesamtentwicklung bei den Finanzen gesorgt.

Die Opposition hat bei jedem Budget einerseits die Schuldenexplosion und andererseits die Fehlerhaftigkeit des Voranschlags im Sinne von zu geringen Ausgabenansätzen angeprangert.

Heute, bei meiner 5. Budgetrede, ist daher wohl auch Zeit für einen kleinen Rückblick. 3 Budgets, die Budgets 2008 bis 2010, sind inzwischen abgeschlossen. Alle drei haben gehalten – trotz der größten Wirtschaftskrise in der 2. Republik. Alle drei Budgets waren zu einem Teil auch Sparbudgets. Selbstverständlich müssen wir mit dem Geld der Grazerinnen und Grazer sparsam umgehen. Selbstverständlich müssen wir uns genau überlegen, welche Investitionen

notwendig und im Interesse der GrazerInnen sind. Selbstverständlich müssen wir die höheren Ausgaben für Kinderbetreuung, öffentlichen Verkehr und Soziales und die Einsparungen in vielen anderen Bereichen verantworten. Aber wir Grünen – und ich vermute auch meine Freunde in der ÖVP – tun das gerne.

Aber diese Einsparungen haben natürlich positive Auswirkungen auf die vielfach angeprangerte Entwicklung unserer Finanzschulden. Ich könnte es mir jetzt einfach machen und sagen, die Schulden der Stadt Graz sind in den letzten Jahren um rund 10 % gesunken. Das ist natürlich richtig, aber kreative und nichtssagende Zahlenspiele durch Ausgliederungen, Umschichtungen und dergleichen sind vielleicht die Standards in Kärnten und bei manchen Parteien, aber sicher nicht in Graz und bei einer grün-schwarzen Koalition.

Aber wie haben sich die gesamten Finanzschulden der Stadt Graz und ihrer Beteiligungen wirklich entwickelt? Im Prüfbericht des Stadtrechnungshofes über den Rechnungsabschluss 2010 ist die Entwicklung der gesamten Finanzschulden für die letzten 4 Jahre dargestellt. (Falls jemand nachschauen will, Seite 29.) In diesen 4 Jahren haben sich die Schulden der Stadt Graz von 962 Mio. auf 1.042 Mio. Euro erhöht. Das ist eine Erhöhung um 8,5 %. Im gleichen Zeitraum hatten wir eine Inflation von exakt 8,5 % (vgl. Statistik Austria, VPI 2005, Dez. 2006 – Dez. 2010). Mit anderen Worten: Inflationsbereinigt, sozusagen ehrlich und real gerechnet, sind die Schulden der Stadt Graz in diesen 4 Jahren exakt gleich hoch geblieben.

Skandalös?! Verantwortungslos?! Ja, meine Damen und Herren, die Entwicklung der Schulden der Stadt Graz hält sich wirklich nicht an die Vorhersagen der Opposition. Für manche natürlich wirklich ein Skandal, für uns nicht überraschend. Und ich sage gleich noch etwas dazu: Wahrscheinlich – oder sogar sicher – werden die Finanzschulden jetzt ein wenig ansteigen. Aber ich finde das in Anbetracht der vielen wichtigen Investitionen, von Bad Eggenberg über neue Gemeindewohnungen bis hin zu den wichtigen und auch sehr teuren Investitionen in den öffentlichen Verkehr und vor dem Hintergrund einer deutlich wachsenden Stadt als absolut gerechtfertigt. Oder sollen wir zukünftig zu wenige Straßenbahnen haben? Wollen wir uns wirklich keine Niederflurstraßenbahnen leisten und Personen im Rollstuhl und Kinderwägen draußen lassen oder mühsam hinein heben?

Sehr geehrte Damen und Herren, die vorgelegten Budgets sind keine verantwortungslose Budgetpolitik, das ist ein verantwortungsvoller Umgang mit den Steuermitteln der Grazerinnen und Grazer. Und wir haben diesen Erfolg nicht durch Kahlschläge im Sozialbereich, nicht durch den Verkauf von Vermögen an Private oder dergleichen erzielt, sondern durch permanentes sinnvolles Sparen! Sparen überall dort, wo es möglich und vertretbar ist. In diesem Zusammenhang auch mein Dank an alle unsere MitarbeiterInnen im Haus Graz, die dieses Sparen mitgetragen haben. Ich weiß, es war nicht immer leicht, mit konstanten Budgets das hohe Leistungsniveau aufrecht zu erhalten. Nochmals mein herzlicher Dank für Ihre Mithilfe!

Aber Dankesworte alleine sind natürlich nicht genug! Da unsere MitarbeiterInnen schon länger intensiv in schwierige Reformprozesse eingebunden sind, verstehen wir Grüne nicht, warum unsere MitarbeiterInnen die Null-Lohnrunde vom Land verordnet bekommen sollen. Wir haben unsere Finanzen rechtzeitig saniert. Wir können uns auch Inflationsabgeltungen für unsere MitarbeiterInnen leisten. Wir werden daher heute einen Antrag im Gemeinderat einbringen und eine Lohnerhöhung für alle unsere MitarbeiterInnen – aktive und ehemalige MitarbeiterInnen – um 50 Euro monatlich fordern.

50 Euro monatlich sind einerseits eine spürbare Gehaltserhöhung, vor allem für die unteren Einkommensschichten, und andererseits auch im vorgelegten Budgetentwurf darstellbar. Natürlich sind 50 Euro nicht der volle Inflationsausgleich für mittlere und höhere Einkommen, wir muten somit diesen Einkommensgruppen einen Solidarbeitrag für wichtige Ziele für die Allgemeinheit zu. Eines kann ich aber unseren MitarbeiterInnen versprechen: Wir werden mit Ihrem Solidarbeitrag sehr sorgsam umgehen und dafür sorgen, dass viele wichtige Aufgaben noch besser als bisher gelöst werden können.

Wir finden eine Lohnerhöhung um einen Absolutbetrag nicht nur gerechter als eine prozentuelle Erhöhung, eine derartige Regelung stärkt natürlich auch den Wirtschaftsstandort Graz. Die BezieherInnen niedriger Einkommen und Pensionen geben ihr Einkommen auch wieder aus und stärken damit die Nachfrage während BezieherInnen sehr hoher Einkommen eine Erhöhung wahrscheinlich kaum merken und schon gar nicht ausgeben werden.

Sprechen wir kurz Klartext im Pensionsbereich: Ich will und kann es nicht verantworten, dass einzelne Pensionen für Spitzenverdiener – so wie in der

Bundesregelung vorgesehen – um 120 Euro monatlich angehoben werden, während uns dieses Geld für wichtige Sozialleistungen fehlt. Unseres Erachtens ist eine einheitliche Erhöhung aller Pensionen um 50 Euro zumutbar, auch wenn diese Erhöhung für höhere Pensionen keine volle Inflationsabgeltung darstellt. Uns ist der soziale Aspekt einer stärkeren Erhöhung der unteren Einkommen und Pensionen wichtiger.

Mit diesen Worten zur Lohnentwicklung im städtischen Bereich möchte ich auch gleich zu jenen Bereichen überleiten, die wir Grüne gerne anders gestaltet hätten. Was hätten wir vielleicht besser – zumindest besser als grüner Sicht – gemacht?

Zu einer ehrlichen Budgetpolitik gehören auch entsprechende **Einnahmen**. Ich bleibe noch bei den Pensionen: Ja, wir Grüne hätten den BezieherInnen hoher städtischer Pensionen einen höheren Solidarbeitrag zugemutet. Ein großer Erfolg der grünen Regierungsbeteiligung ist die Solidarabgabe für hohe Pensionen. Wir hätten von PensionistInnen mit Pensionen über 5.000 Euro gerne einen höheren Solidarbeitrag verlangt, insbesondere in Zeiten der Krise und fehlender Sozialleistungen. Alle anderen Parteien konnten sich dem leider nicht anschließen, die ÖVP hat wenigstens den beschlossenen Solidarbeitrag mitgetragen. Danke für dieses Zeichen der Solidarität mit den Jungen und Ärmern. Ein wenig mehr Solidarität wäre unseres Erachtens möglich und vertretbar gewesen. Der SPÖ und anderen Oppositionsparteien ist offensichtlich die Wahrung wohl erworbener (!) Rechte wichtiger als Solidarität.

Generell fehlt auf der Einnahmenseite der Budgetpolitik noch viel grüne Handschrift. Offensichtlich kann die ÖVP nur schwer über ihren Schatten springen und sich dazu bekennen, dass mit Steuern und Gebühren auch gestaltet werden kann.

Wichtigstes Beispiel: Parktarife! Obwohl wir alle mehr Lebensraum für Menschen wollen, obwohl wir im Feinstaub fast ersticken, obwohl der ÖV ausgebaut wurde und obwohl die Parkgebühren in der blauen Zone nominal gleich hoch sind wie vor über 20 Jahren – ist bei den Parkgebühren eine teilweise Inflationsanpassung – von Erhöhung will ich ja gar nicht reden – weder für die ÖVP noch für die Mehrheit im Gemeinderat vorstellbar.

Wir Grüne müssen somit schmerzhaft zu Kenntnis nehmen, dass Sie sich das Geld offensichtlich lieber bei allen anderen holen als bei den AutofahrerInnen oder das Geld gar nicht holen und damit die Umsetzung wichtiger Leistungen verhindern. Aus unserer Sicht wäre es natürlich viel besser, Parkgebühren zu erhöhen und diese – sogar für den ÖV zweckgebundenen – Mittel für einen noch stärkeren Ausbau des ÖV verwenden. Damit hätten wir mehr Lebensqualität und weniger Feinstaub in der Stadt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, wir gemeinsam können darüber entscheiden: Keine Inflationsanpassung bei den Parkgebühren oder Inflationsanpassung und mehr ÖV. Mehr ÖV heißt natürlich ein besseres ÖV-Angebot für alle GrazerInnen, mehr Arbeitsplätze, mehr Lebensqualität und weniger Feinstaub. Aber Ihnen ist offenbar die Gunst der AutofahrerInnen wichtiger. Wir Grünen können das leider nur zur Kenntnis nehmen. Falls Sie sich doch zu einer Politik für alle GrazerInnen und nicht nur für AutofahrerInnen entscheiden können, dann stehen Sie doch zu einer Inflationsanpassung bei den Parkgebühren – an uns Grünen wird es nicht scheitern.

Natürlich gibt es noch viele weitere Möglichkeiten, mit Steuern zu steuern. Bei einigen – wie zum Beispiel der Erhöhung der Bauabgabe, der Parkstrafen, der Zweitwohnsitzabgabe, einer verkehrsbezogenen Abgabe zur Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs und einer Reform der Ausnahmen bei der Grundsteuer hat uns die Grazer ÖVP im Gemeinderat unterstützt. Vielen Dank für diesen mutigen und ehrlichen Schritt. Wir sind uns allerdings nicht ganz sicher, wie intensiv diese Unterstützung auch in Richtung Landesgesetzgeber gelebt wurde. Ein Großteil – meines Wissens eigentlich alle – dieser von der Stadt Graz geforderten notwendigen und sinnvollen Erhöhungen wurde im steirischen Landtag bisher noch nicht umgesetzt.

Ein paar Maßnahmen (Parkstrafen, Bauabgabe) sollten bald umgesetzt werden. Andere werden höchstwahrscheinlich gar nicht umgesetzt werden, weil sich die Landes-ÖVP nicht zu diesen Forderungen der ÖVP-Graz bekennt. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP, wir hatten gehofft, dass eure Wünsche aus der Landeshauptstadt Graz bei euren VertreterInnen im Landtag lauter vorgetragen werden und mehr Gehör finden. Leider war dies nicht der Fall.

Natürlich gab es auch wichtige grüne Forderungen an das Land, wie z.B. eine Abgabe auf leerstehende Wohnungen, die weder von der ÖVP noch von einer Mehrheit im Gemeinderat unterstützt wurde. In einer Demokratie sind derartige

Entscheidungen natürlich zu Kenntnis zu nehmen. Aber es ist schon schade, dass wir all diese einnahmenseitigen Maßnahmen nicht umsetzen konnten.

Wir hätten mit diesem Geld viele sinnvolle Maßnahmen für alle GrazerInnen und auch einige Sozialleistungen für die ärmeren Mitmenschen finanzieren können. Als mögliche Beispiele sei ein noch schnellerer Ausbau des öffentlichen Verkehrs, höhere Zuschüsse für Maßnahmen zur Feinstaubreduktion, mehr Grundstücke für Gemeindewohnungen und noch mehr und finanziell besser abgesicherte Projekte in der Gemeinwesenarbeit genannt. Und natürlich wären auch ausreichend Mittel für einen Sozialpass bzw. eine allgemeine Ermäßigungskarte für armutsgefährdete Grazerinnen und Grazer möglich gewesen. Zum letzten Punkt, zur Ermäßigungskarte für armutsgefährdete GrazerInnen, darf ich noch anmerken, dass trotz all dieser fehlenden einnahmenseitigen Maßnahmen die Finanzierung einer solchen Karte und natürlich auch von entsprechenden Ermäßigungen im Budget 2012 möglich sein wird, wenn – und daran ist diese wichtige Maßnahme bisher gescheitert – wenn ein entsprechendes Konzept von der Sozialstadträtin erarbeitet wird.

„Sparen mit Herz – investieren mit Hirn“ macht vieles möglich. Viele wichtige Maßnahmen und Investitionen wurden in den letzten Jahren umgesetzt. Dieser Weg wird auch 2012 weiterhin beschritten werden. Auch wenn nach 4 Jahren real konstanter Finanzschulden die Schulden ein wenig wachsen werden. Wir haben gezeigt, dass wir die finanzielle Situation im Haus Graz unter Kontrolle haben und steuern können. Das ist das Entscheidende! Und wenn uns das Land in Zukunft auch bei den einnahmenseitigen Maßnahmen nicht mehr im Stich lässt, dann können wir noch mehr wichtige Projekte umsetzen und dann werden auch die Schulden manchmal sinken. Ehrliche Finanzpolitik schaut auf die Einnahmen und auf die Ausgaben – grün-schwarz hat vorgezeigt, dass eine sinnvolle und ehrliche Finanzpolitik möglich ist – zum Wohle aller Grazerinnen und Grazer.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!